

Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung für die Friedhofsverwaltung.

Vorbemerkung:

Auf Gemeindefriedhöfen werden Reihengräber, zum Teil auch Wahlgräber für die Sarg- oder Urnenbestattung zur Verfügung gestellt. Dabei regeln die Gemeinden, im Falle kirchlicher Friedhöfe die Träger kirchlicher Bestattungsplätze, die Benutzung des Friedhofes durch eine Satzung oder Benutzungsordnung.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben
Fachbereich 3
Poststraße 23
67480 Edenkoben
Tel. 06323 / 959-120
Klaus.Pfaffmann@vg-edenkoben.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben
Herrn Matthias Vogel
(Datenschutzbeauftragter)
Poststraße 23
67480 Edenkoben
Tel. 06323 / 959-111
Matthias.Vogel@vg-edenkoben.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden dafür erhoben, um den von Ihnen gestellten Antrag für die Benutzung eines Friedhofes, zum Führen einer Gräberkartei und der Abrechnung der Bestattungskosten zu gewährleisten.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 e), Abs. 3 Satz 1 b) DSGVO, § 3 LDSG Rlp i.V.m. §§ 1-2 BestG RLP und der jeweiligen Gemeindegatsung erhoben.

4. Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden an die Betroffenen, Angehörigen und ggf. von Ihnen beauftragte Bestattungsunternehmen weitergegeben.

5. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden für eine unbegrenzte Zeit aufbewahrt.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht

feststeht, ob die Interessen der Gemeindebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Pflicht zur Angabe der Daten

Sie sind gem. der jeweiligen Bestattungsgesetze z.B. §§ 1-2 BestG und der jeweiligen Gemeindegesetzungen verpflichtet, bei der Beantragung einer Beisetzung eines verstorbenen Angehörigen, folgende personenbezogene Daten anzugeben: Name, Grabbesitzer, Geburtstag, Geburtsort, Name Standesamt, Registernummer, Sterbetag, Sterbeort, Sterbeuhrzeit und Beisetzungsart. Ohne Angabe dieser Daten kann keine Erlaubnis für Beisetzung erteilt werden.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 5516 Mainz), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.